

Betreff: Januar-Newsletter der Kampagne Steuer gegen Armut

Von: "Transaktionssteuer@googlemail" <transaktionssteuer@googlemail.com>

Datum: Mon, 10 Jan 2011 13:59:15 +0100

An: steuer-gegen-armut@listen.attac.de

Liebe Leserinnen und Leser,

nun wird es langsam konkret: Das Bundesfinanzministerium hat begonnen, einen Gesetzesentwurf für eine Finanztransaktionssteuer vorzubereiten. Mitte Dezember sind erste Details nach außen gedrungen. In Gesprächen mit Verbänden sollen sich die Referenten auf einen Steuersatz von 0,01 % geeinigt haben - vor allem um die Lenkungswirkung der Steuer gering zu halten. Nach Berechnungen des WIFO-Instituts würde aber selbst dieser niedrige Steuersatz in Deutschland um die 10 Mrd. Euro einbringen. Ein Problem hat sich dabei verschärft: Anscheinend besteht die Bundesregierung nun doch auf einer EU-weiten Einführung der Steuer. Diese wurde von Großbritannien aber erst kürzlich wieder abgelehnt. Um die widerstrebenden Teile der Bundesregierung zu einer Einführung in der Eurozone zu bewegen, scheint erneut starker politischer Druck notwendig zu werden. Andernfalls wäre das gesamte Projekt gefährdet. Ausserdem gilt es, die Verwendung eines Teils der Einnahmen zur Finanzierung von Armutsbekämpfung, Entwicklung und Klimaschutz sicherzustellen: die Bundesregierung wehrt sich damit, dass sie ein Zweckbindung von Steuereinnahmen aus Prinzip ablehnt.

2011 wird sicherlich das entscheidende Jahr für die Kampagnenforderung!

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Kampagnenaktivitäten

Entwicklungen im Inland:

17. Dezember: [FDP-Generalsekretär Christian Lindner](#) schließt die Einführung der Finanztransaktionssteuer auf Ebene unterhalb der EU - etwa nur innerhalb der Eurozone - aus.

17. Dezember: Die Bundesregierung will 2011 einen [politischen Durchbruch](#) bei der Finanztransaktionssteuer erreichen. Die Bemessungsgrundlage - d.h. die Anzahl besteuerteter Finanzprodukte - solle dabei möglichst breit, der Steuersatz dafür aber niedrig ausfallen. Die Steuer solle in Europa eingeführt werden. Mit Frankreich werde bereits intensiv zusammengearbeitet. Demnächst sollen Gespräche mit Großbritannien geführt werden.

16. Dezember: Die zuständigen Referenten im [Finanzministerium](#) haben sich bei der Vorbereitung einer europäischen Finanztransaktionssteuer mit den Verbänden der Finanzbranche auf den niedrigsten in der Diskussion befindlichen Steuersatz von 0,01% geeinigt. Der Steuersatz sei so niedrig gewählt, damit keine Lenkungswirkung ausgeübt würde. Der parlamentarische Staatssekretär Koschyk (CSU) äußert sich vor dem Finanzausschuss, eine Einführung in der Eurozone sei nicht sinnvoll - die Steuer müsse in der gesamten EU gelten. In Frankreich und der EU-Kommission werde ebenfalls an einem Konzept gearbeitet. Österreich hatte bereits im Herbst 2010 einen eigenen Vorschlag unterbreitet.

15. Dezember: Die Kampagne nimmt an einer Expertenanhörung zu innovativen Instrumenten zur Finanzierung von Entwicklung des [Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit \(AwZ\)](#) des

Deutschen Bundestags teil. Die Finanztransaktionssteuer wird als solches Instrument bei den Parlamentariern sehr wohlwollend aufgenommen.

14. Dezember: Immer mehr [Privatanleger](#) in Deutschland spekulieren im Sekundentakt.

10. Dezember: Laut eines Berichts des [Spiegels](#) soll Schäuble sich vorstellen können, einen Teil der Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung von Entwicklungshilfe zu verwenden. Die Bundesregierung dementiert dies später.

4. Dezember: Bundesfinanzminister [Schäuble](#) soll seine Beamten angewiesen haben, in enger Abstimmung mit den französischen Kollegen die Möglichkeiten für eine europäische Einführung der Finanztransaktionssteuer zu prüfen und mit Vorbereitungen für einen Gesetzesentwurf zu beginnen. Für eine tatsächliche Einführung müsse neben Frankfurt und Paris auch der Finanzplatz London mit dabei sein. Schäuble lehne eine Finanzaktivitätsteuer, d.h. den Konkurrenzvorschlag zur Finanztransaktionssteuer, ab.

Entwicklungen im Ausland:

24. Dezember: Weihnachtsgeschenk von Österreichs Kanzler [Werner Faymann](#): Dieser kündigt an, in der laufenden Legislaturperiode noch eine große Steuerreform im Volumen von 3 Mrd. Euro durchzubringen - mit einer Finanztransaktionssteuer oder, wenn diese auf EU-Ebene nicht durchsetzbar sei, mit einer Vermögensteuer auf Vermögen von mehr als einer Million Euro.

16. Dezember: [Venezuela](#) plant die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, um Einnahmen zu generieren.

16. Dezember: EU-Steuerkommissar [Semeta](#) wirbt vor der US-amerikanischen Chamber of Commerce (Handelskammer) für eine Finanztransaktionssteuer zwecks Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise (auf europäischer Ebene lehnt Semeta die Steuer ab).

15. Dezember: Das EU-Parlament hat sich nun doch noch 2010 beim [Europäischen Bürgerbegehren](#) geeinigt. Gesammelt werden kann aber nicht vor 2012 - für die Kampagnenforderung kommt das Instrument damit wohl zu spät.

2. Dezember: [WikiLeaks](#) veröffentlicht Meldungen der US-Botschaft in London, die belegen, wie der frühere britische Premier Gordon Brown bei den US-Amerikanern mit Plänen zu einer Tobin-Steuer aufgelaufen ist. [Hier](#) der genaue Wortlaut.

Kampagnenaktivitäten

15. Dezember 2010: **Öffentliche Anhörung zu "Financing for Development"**

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) des Bundestags führte am Mittwoch, 15. Dezember von 9-11 Uhr eine Anhörung zum Thema Entwicklungsfinanzierung durch. Mit zwei Kampagnenvertretern war die Kampagne prominent vertreten. Neben einem Bericht zur Umsetzung der Vereinbarungen von Monterrey wurde bei den innovativen Finanzierungsinstrumenten vor allem die Finanztransaktionssteuer diskutiert. Bei den Fragen der Abgeordneten zeichnete sich ein parteiübergreifender Konsens der Entwicklungspolitiker für eine Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung

von Entwicklung ab - also einer "Steuer gegen Armut".

Die Stellungnahmen von Jörg Alt (Jesuitenmission) und Peter Wahl (WEED) finden Sie [hier](#) sowie der weiteren Sachverständigen [hier](#).

Pressemitteilungen:

16. Dezember: Finanztransaktionssteuer - Schäuble darf nicht vor Banken einknicken

Die Kampagne begrüßt die Pläne aus dem Bundesfinanzministerium, nun endlich mit der Finanztransaktionssteuer Ernst zu machen. Sie fordert die Bundesregierung zugleich auf, nun nicht vor der Bankenlobby einzuknicken und auch eine Einführung nur in der Eurozone in Erwägung zu ziehen. Ein Teil der Einnahmen müssen zudem für Entwicklungshilfe eingesetzt werden.

Zu vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

12. Dezember: Kampagne begrüßt Minister Schäubles Bereitschaft, Einnahmen aus Finanztransaktionssteuer für Entwicklung zu verwenden

Die Kampagne begrüßt die vom Spiegel kolportierten Äußerungen Schäubles, Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung von Entwicklung zu verwenden. Leider lässt das Finanzministerium dementieren - sonst wäre dies ein weiterer Durchbruch für die Kampagne gewesen.

Zur vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org und auf [Facebook](#)

Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac. Wenn Sie diesen Newsletter in Zukunft nicht mehr erhalten möchten, folgen Sie dem untenstehenden Link oder schicken eine Mail an finanztransaktionsteuer@attac.de.